



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Mutterschutz bei Fehlgeburten

Aktuell seit 05.01.2026 12:49:40

Angegeben von:

Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. (R000815) am 14.01.2025

Beschreibung:

Grundsätzlich sollte eine tragfähige und praxistaugliche Lösung auch für selbstständig tätige privatversicherte Frauen bei Fehlgeburten vorgesehen werden. Von der vorgeschlagenen Änderung des VVG sollte abgesehen werden, da es bislang keine hinreichende Datengrundlage für die Kalkulation dieser Tarife gibt und eine kurzfristige marktreife Umsetzung bereits ab dem 1. Juni 2025 für die Versicherer nicht darstellbar ist. Zudem würde eine Stichtagsregelung zu zwei Tarifgenerationen führen, wodurch die erweiterten Krankentagegeldtarife u. U. sehr teuer und damit unattraktiv werden könnten.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14231 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Mutterschutzgesetzes und weiterer Gesetze - Anspruch auf Mutterschutzfristen nach einer Fehlgeburt (Mutterschutzanpassungsgesetz)

2. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14241 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und weiterer Gesetze zur Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes nach Fehlgeburten

Betroffene Interessenbereiche (2)

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (2)

MuSchG 2018 [alle RV hierzu]

VVG 2008 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2501140004 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]